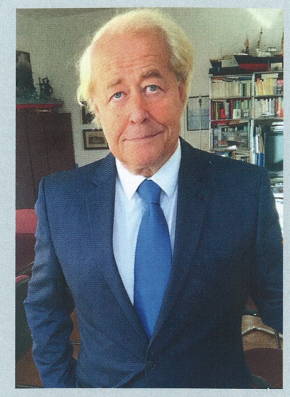
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Beschaffungsprobleme

DMit äußerst gemischten Gefühlen geht Deutschland in die Sommerpause. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat es keine vergleichbare Anhäufung von derart krisenhaften Zuspitzungen gegeben. Pandemie, Konjunktureinbruch, Krieg, Inflation, Zinswende, Gefährdung der Energieversorgung und drohende Hungersnöte – die Krisen-Manager in Politik und Wirtschaft scheinen den sich überschlagenden Entwicklungen weder analytisch noch problemlösend gewachsen zu sein. Als brandgefährliche Auswirkung dieser historisch einzigartigen Krisen-Mixtur treten – infolge der gestörten Lieferketten – massive Beschaffungsprobleme bei den Industrieunternehmen auf. Viele Zulieferer können die einigermaßen pünktliche, zuverlässige Belieferung zu den gewohnten Preisen nicht mehr garantieren. Praktiker berichten von zunehmend „balkanisierten" Usancen bei der Verbindlichkeit von Angebotskonditionen. Immer mehr Zulieferer schließen in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen mittlerweile die Haftung für die Einhaltung von Lieferterminen und Preiszusagen aus. Als fatal erweisen sich die daraus folgenden Kettenreaktionen bei den Abnehmern und Verarbeitern, die sich wachsenden Risiken durch teilweise erhebliche Lieferverzögerungen und nachträgliche Preissteigerungen weitgehend wehrlos ausgesetzt sehen. Die Folgen: Der Wegfall gesicherter Daten untergräbt die Planbarkeit und führt zu Umsatzverschiebungen, Gewinnausfällen, Vorfinanzierungsbedarf und Liquiditätsproblemen.

Industrie unter Druck

Jedes fünfte Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie sieht sich angesichts der hohen Energie- und Materialkosten sowie der wirtschaftlichen Unsicherheiten infolge des Ukraine-Kriegs existenziell gefährdet. Das hat eine im Mai erfolgte Umfrage des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall ergeben. 80 % der Firmen bezeichnen die massiven Kostensteigerungen bei Energie und Material als substanzielle Belastung. Fast ein Drittel der Betriebe hat wegen der gestörten Lieferketten und Transportprobleme bereits die Produktion gedrosselt oder wird dies kurzfristig tun. Sollte es zu einem Embargo bei russischem Gas kommen, so wäre mit schwerwiegenden Konsequenzen zu rechnen. Fast jedes vierte Unternehmen geht in diesem Fall von einem vollständigen Produktionsstillstand aus. Davon wären – so der Verband – etwa 300.000 Beschäftigte direkt betroffen. Angesichts dieser Gemengelage hat sich die Investitionsbereitschaft deutlich abgekühlt. Über 55 % der befragten Betriebe verschieben eigentlich vorgesehene Investitionen, was die Anpassung an den Strukturwandel einbremst und die Nachfrage am Markt senkt.

Putins Gashahn

Auch das Prognos-Institut hat sich mit den Folgen eines Totalausfalls der russischen Gaslieferung befasst. Sollte im zweiten Halbjahr kein russisches Gas mehr zur Verfügung stehen, so werde Deutschland in eine tiefe Rezession gleiten mit einem Einbruch des BIP um 12,7 %. Davon könnten rechnerisch etwa 5,6 Mio. Arbeitsplätze tangiert werden. Am härtesten betroffen wären die Glasindustrie und die Roheisenverarbeitung mit Produktionsrückgängen um fast 50 bzw. 34 %. Die volkwirtschaftlich besonders bedeutende Autoproduktion würde um 17 % zurückgehen. Den gesamten deutschen Wertschöpfungsverlust im zweiten Halbjahr 2022 beziffert Prognos für diesen Fall auf 193 Mrd. Euro. Das Institut stellt im Klartext fest: „Putin kann uns jederzeit den Gashahn zudrehen."

„Es brennt lichterloh"

Noch einigermaßen zuversichtlich zeigt sich der BDI mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Gleichwohl hat der Industrieverband seine Konjunkturprognose für das laufende Jahr deutlich abgesenkt – von 3,5 auf 1,5 %. Diese Schätzung steht allerdings unter der Voraussetzung, dass ein Gaslieferstopp mit anschließender Wirtschaftskrise ausbleibt. Der Industrie mache „die doppelte Krise aus der russischen Invasion in die Ukraine und den Auswirkungen der Covid-Pandemie" zu schaffen. Der BDI-Präsident merkt an: „Massive Abhängigkeiten als Preis für Kostenvorteile und Skaleneffekte zu akzeptieren, das war aus heutiger Sicht genauso falsch wie der Verzicht unseres Landes auf eigene hinreichende Investitionen in seine Verteidigungsfähigkeit. Wir haben uns die Feuerwehr gespart, weil wir das Brandrisiko für vernachlässigbar gehalten haben. Jetzt brennt es lichterloh." Der BDI rechnet frühestens zum Jahresende mit einer Rückkehr der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Niveau vor der Pandemie. Eine Unterbrechung der russischen Gaslieferung „hätte dagegen katastrophale Auswirkungen und würde die Wirtschaft unweigerlich in die Rezession schicken".

Wunsch und Wirklichkeit

Der Ökonom Hans-Werner Sinn weist darauf hin, dass die These, grüne Energie werde – im Vergleich zu konventioneller – den materiellen Wohlstand und die Umweltqualität begünstigen, ein „Widerspruch in sich" sei. Als Begründung führt der frühere ifo-Präsident an, der Staat müsse grüne Energie entweder durch ein Verbot konventioneller Energien oder eine künstliche Verteuerung erzwingen, was die Inflation anhebe und den materiellen Lebensstandard senke. Fraglich sei zudem, ob der Umweltnutzen überhaupt greife, wenn Europa – wie bei der Zurückdrängung von Verbrennungsmotoren – allein handle. Die in Europa eingesparten Erdöl-Mengen würden in anderen Teilen der Welt verbraucht und verursachten dort exakt den Ausstoß an Kohlenstoffdioxid, der hier vermieden werde. Sinn bringt seine Kritik an der deutschen Energiepolitik so auf den Punkt: „Wir ruinieren die deutsche Autoindustrie, fördern unsere fernöstlichen Konkurrenten und helfen der Umwelt nicht einmal ein bisschen."